Beschluss Für einen sicheren Wahlkampf 2026: Senat und Parteien müssen jetzt handeln

Gremium: Landesausschuss

Beschlussdatum: 01.10.2025 Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

- Angepöbelt und beleidigt, während man Plakate aufhängt. Angespuckt, mit Eiern
- beworfen, ins Gesicht geschlagen und mit Mord gedroht, nur weil man Flyer
- verteilt. Reifen zerstochen, Parteibüros beschmiert und Wahlplakate systematisch
- zerstört. Das war der Alltag vieler Kandidierender und ehrenamtlicher
- 5 Wahlhelfer*innen während des Bundestagswahlkampf 2025 in Berlin. Bereits
- zweieinhalb Wochen vor der Wahl zählte das Landeskriminalamt 251 solcher
- Z Straftaten.
- Diese besorgniserregende Entwicklung darf uns 2026 nicht unvorbereitet treffen.
- Mit Blick auf die Abgeordnetenhaus- und Bezirkswahlen braucht es wirksame
- Schutzmechanismen, um eine Verrohung und die Einschüchterung engagierter
- Politiker*innen und Parteimitglieder zu stoppen.
- Ein erster Schritt wäre ein klares Signal der Parteien selbst: BÜNDNIS 90/DIE
- GRÜNEN setzen sich deshalb dafür ein, mit den anderen Parteien einen Fairness-
- 14 Kodex für den Wahlkampf 2026 zu vereinbaren. Dieser soll verbindliche Grundsätze
- festschreiben, wie beispielsweise ein respektvoller Umgang miteinander und den
- Verzicht auf Diffamierungen politischer Mitbewerber*innen.
- Außerdem fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Innensenatorin Iris Spranger und die
- 18 Justizsenatorin Dr. Felor Badenberg auf, politisch motivierter Kriminalität
- 19 (PMK) gegen Amts- und Mandatstragende sowie Parteirepräsentierende wirkungsvoll
- 20 entgegenzutreten. Um das Fundament unserer Demokratie zu schützen, müssen die
- 21 Berliner Strafverfolgungsbehörden ihre Bekämpfung verstärken und die zuständigen
- Behörden entsprechend ausstatten. Dazu gehören unter anderem bessere Erfassungs-
- und Auswertungsstrukturen sowie spezialisierte Ermittlungskapazitäten.
- 24 Die Innensenatorin trägt eine besondere Verantwortung: Die zwei bei der
- Landeskommission gegen Gewalt eingerichteten Fonds gegen Hassgewalt und für
- 26 Schutzräume müssen verstetigt und ausgebaut werden. Zum Thema politisch
- 27 motivierte Gewalt gegen Amts- und Mandatstragende sowie Parteirepräsentierende
- soll sie einen konkreten Maßnahmenplan bei der Ständigen Konferenz der
- 29 Innenminister und -senatoren im Dezember 2025 vorlegen. Dieser soll u.a. die
- 30 gezielte Einschüchterung von Politiker*innen aller Ebenen und von ehrenamtlichen
- Parteimitgliedern, bspw. durch unterschwellige Übergriffe auf den Privatbereich,
- sowie strafrechtliche Schutzlücken adressieren. Zudem fordern wir die
- 33 Innensenatorin auf, sich für die Einberufung eines Bund-Länder-Sicherheitsgipfel
- 34 stark zu machen.
- Berlin muss jetzt mit klaren, verbindlichen Vorschlägen für Prävention,
- 36 Strafverfolgung und Polizeiausstattung vorangehen, um gemeinsam mit den anderen
- Ländern wirksame Schutzmaßnahmen umzusetzen. Jede Verzögerung gefährdet die
- Sicherheit derer, die sich für unsere Demokratie einsetzen.

	Beschluss Für einen sicheren Wahlkampf 2026: Senat und Parteien müssen jetzt handeln
39 40	Jede Verzögerung gefährdet die Sicherheit derer, die sich für unsere Demokratie einsetzen.